

Risiken und Nebenwirkungen der EU-Prospektverordnung

Leider nur gut gemeint

Die neue Prospektverordnung (EU 17/1129) regelt die Bedingungen, zu welchen Anlegergelder in Investitionen fließen können und dürfen. Sie dient dem Verbraucherschutz. Der Verkaufsprospekt muß alle wesentlichen Informationen für den Investor beinhalten. Andererseits soll der Zugang für Start-ups und Mittelständler zum Kapitalmarkt vereinfacht und verbilligt werden. Ein Ansatz, der für den Industrie- und Wissensstandort Deutschland lebensnotwendig erscheint.

Erster Haken dabei ist die Finanzaufsicht Bafin, die diese Prospekte für Containerschiff- bis Windkraftbeteiligung zu prüfen hat: Die Behörde prüft nur formell, sie „hakt“ also nur ab, ob die notwendigen Angaben erklärt worden sind. Die Bafin prüft nicht, ob die Angaben auch stimmen. In Deutschland dürfen Anlageprospekte auch in Englisch erscheinen, was die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen verteuert, denn eine Übersetzung kann schon mal 15.000 Euro kosten. Bei einem Investment von 25.000 Euro stellt sich hier die Frage nach der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit. Neu ist auch, daß bis zu einer Emissionshöhe der Anlage von acht Millionen Euro zukünftig kein – bis zu 225 Seiten starker Prospekt – mehr notwendig ist, sondern nur noch ein dreiseitiges Wertpapierinformationsblatt. Dies enthält aber nur die wichtigsten Angaben – das heißt sich beispielsweise mit dem Wertpapierprospektgesetz. Zudem soll durch



VON KAY GOTTSCHALK

»Bis zur Emissionshöhe von acht Millionen Euro ist kein dicker Prospekt mehr nötig.«

Ausnahmen von der teuren Prospektspflicht das Crowdinvesting – sich via Internet an einer Idee zu beteiligen – in Deutschland gefördert werden. Diese „Schwarmfinanzierung“ sollte eigentlich Jungunternehmern die Kapitalbeschaffung erleichtern und zugleich den Bürgern Kleininvestitionen mit Renditepotential ermöglichen, was in Zeiten der Nullzinspolitik zunächst vernünftig erscheint.

Der Evaluierungsbericht der Bundesregierung spricht eine andere Sprache, denn 2018 verteilte sich das Crowdfunding wie folgt: Vorn lagen Immobilienprojekte (212 Millionen Euro). Es folgten Unternehmen (80 Millionen) und Energieprojekte (sechs Millionen). Sprich: 60 Prozent flossen in die Immobilienfinanzierung. In einen Markt, der überhitzt ist und oftmals in Projekte, bei denen Banken, Sparkassen oder Versicherungen abwinkten. Beim Crowdfunding wurde zudem auf das Genußrecht und stille Beteiligungen ausgewichen, wo bei einer Pleite die Anleger oft leer ausgehen – Prokon (JF 22/15) oder German Pellets (JF 8/16) lassen grüßen.

Als Fazit bleibt, daß die Regierenden Fehler sehen und erkennen, daß Gesetze an der Realität vorbeigehen – aber ohne entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Der Wasserkopf in Brüssel produziert zudem Verordnungen, die in Berlin schärfer umgesetzt werden als im Rest der EU.

Kay Gottschalk ist AfD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Finanzausschuß.

Fusion von Thyssenkrupp und indischer Tata Steel geplatzt

Ein Stahlkartell verhindert

Von Albrecht Rothacher

Seit Jahrzehnten klettern die deutschen Exporte unaufhörlich: Waren es 1998 noch 488 Milliarden Euro, erreichten sie voriges Jahr mit 1,32 Billionen Euro ein weiteres Allzeithoch. Nur im Krisenjahr 2009 brachen die Ausfuhren von 984 auf 803 Milliarden Euro ein. Das klingt gut, aber wie wertvoll sind die 2018 erwirtschafteten 228 Milliarden Euro Ausfuhrüberschuß, wenn das Ausland nicht mehr willens oder fähig ist, die Zahlungen im Euroraum zu bedienen?

Und: Gibt es eigentlich noch eine eigene deutsche Elektronik-, Industrie-, Flugzeug-, Röhren-, Erdöl-, Kohle-, Werfen- oder Großbaubauindustrie? Oder noch weltweit operierende deutsche Großbanken? Mannesmann, Hoechst, Linde, Hochtief, Walter Bau, die Dresdner Bank – alles verschertelt und verramscht. Den wichtigsten Energieträger Atomstrom, Kohle und Diesel hat die deutsche Politik den Kampf angesagt und damit dem Industriestandort Deutschland. Dennoch gibt es einen unwahrscheinlichen Bundesgenossen: die EU-Kom-

mission. Im Februar untersagte sie den Abschub des Eisenbahngeschäfts von Siemens zum französischen Konkurrenten Alstom. Und jetzt fährt sie den Konzernstrategen in Essen in die Parade und verhindert die Fusion der Thyssenkrupp-Stahlsparte mit der indischen Tata Steel. Der einst stolzen deutschen Stahlindustrie, die unter dem Druck von chinesischen Überkapazitäten und Exportdumping leidet, wäre nach ihrer Aufspaltung, Tausenden von Stellenstreichungen in der Verwaltung und an den Hochöfen, und dem Teilverkauf nur noch die Wartung von Rolltreppen und Aufzügen und der Stahlhandel geblieben.

Es wäre mit den Indern ein Stahlkartell entstanden, das wettbewerblich problematisch die Lieferpreise für die Autoindustrie hätte diktiert. Noch wichtiger aber ist, daß Deutschlands Stahlindustrie und ihre Arbeitsplätze deutsch bleiben und Investitionshai wie der schwedischen Cevian Capital und ihren Helfershelfern von der Krupp-Stiftung die rote Karte gezeigt wurde.



Peter Altmaier bei Vorstellung seiner Industriestrategie: „Vergleichbare Rahmenbedingungen für alle Marktteilnehmer“?

Eine notwendige Debatte

Nationale Industriestrategie 2030: Peter Altmaiers Wirtschaftspolitik für nationale Champions in der Kritik

DIRK MEYER

Wer sich auf Ludwig Erhard, die Leitfigur der Sozialen Marktwirtschaft, beruft und dann ein Konzept einer national-europäischen Industriestrategie mit staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen vorlegt, hat in marktliberalen Kreisen das Fegefeuer zu fürchten. So ergeht es derzeit Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) mit seinen „Strategischen Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik“. Sie sollen eine Antwort auf zukünftige Herausforderungen geben.

Einerseits sind es die neuen Basistechnologien, wie die Künstliche Intelligenz (KI, beispielsweise autonome Fahren), die Plattformökonomie (Google, Facebook) und neue Energieformen (Ökostrom, Elektromobilität). Andererseits unterliegen wir protektionistischen Handelspolitiken in einer globalisierten Welt, die uns von außen vorgegeben werden.

Ohne bereits eine inhaltliche Bewertung vorzunehmen, ist diese Altmaier-Vorlage überaus lobenswert, da sie eine breite ordnungspolitische Debatte angestoßen hat: Wie läßt sich das Wohl-

standsniveau in Deutschland und in Europa unter den gewandelten Rahmenbedingungen langfristig erhalten und welche Rolle soll der Staat hierbei übernehmen? Dabei ist hervorzuheben, daß die Maßnahmen erstens immer auf Werturteilen beruhen, beispielsweise der Bedeutung individueller Freiheiten und der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

Zweitens sind sie anhand früherer Erfahrungen zu prüfen. Wie haben etwa verschiedene staatliche Förderungen von Technologieschwerpunkten gewirkt? Schließlich drittens: Gibt es Wirkungszusammenhänge, die sich eindeutig belegen lassen? Hierzu würden die Wirkungen von Importzöllen auf die Wohlfahrt eines Landes zählen. Insofern gibt es selten ein Richtig oder Falsch. Vielmehr bleiben politische Handlungsspielräume.

Ein besonderes Problem liegt in der erst nachträglich möglichen Beurteilung von Erfolgen/Mißerfolgen der Maßnahmen. Zudem ist ein Vergleich mit einer alternativen Strategie nur bedingt möglich, da entweder auf frühere Erfahrungen oder auf Ländervergleiche zurückgegriffen werden muß. Mangels ungleicher Rahmenbedingungen sind diese Vergleiche nur bedingt tauglich. Um welche Bedrohungen geht es? Die

„America First“-Politik, die Altindustrien wie Stahl, Autobau und Landwirtschaft durch höhere Zölle vermeintlich schützt, ist eine rückwärtsgeradete Industriehaltungspolitik mit hohen langfristigen Kosten für die USA. Eine „japanische Bedrohung“ gibt es seit drei Jahrzehnten nicht mehr. Die einstige „Japan-AG“, in der 1949 das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (Miti) die Koordination der Schlüsselindustrien übernahm, hat langfristig nur in einzelnen Sektoren – wie aktuell KI, vernetzte Anlagen und Robotik – zu Erfolgen geführt.

Eine staatliche „Anmaßung von Wissen“?

Schließlich ist eine China-Phobie unrealistisch, denn ein autoritärer Staatsinterventionismus wäre mit unserer freiheitlich-demokratisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung nicht vereinbar. Exportsubventionen und ein illegaler oder zwangsweiser Technologietransfer bei Gemeinschaftsunternehmen sind „unfaire“ Wettbewerbsbedingungen. Allerdings profitiert der EU-Kunde durch günstige Preise, und mittelständische Unternehmen können sich notfalls zurückziehen. Staatliche Lenkung kann langfristig nur unter hohen Kosten zu herausragenden Erfolgen führen, etwa im Militärsektor oder bei KI. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß für Deutschland und die EU durch diese protektionistische Politik kurzfristig in den betroffenen Industrien Anpassungen und Arbeitsplatzverluste drohen.

Ein erheblicher Teil der Vorschläge Altmaiers beruht auf einer staatlichen „Anmaßung von Wissen“ (Friedrich A. von Hayek), das erfahrungsgemäß lediglich dezentral bei den im Wettbewerb stehenden Unternehmen vorhanden ist. So beruht die Förderung einer Batterieproduktion mit einer Milliarde Euro auf der Annahme, daß die E-Mobilität die Zukunft ist. Erstens ist die ökologische Vorteilhaftigkeit keinesfalls geklärt (JF 18/19), noch wird auf eine

alternative marktwirtschaftliche Steuerung durch CO₂-Lizenzen vertraut.

Der „Erhalt geschlossener Wertschöpfungsketten“ ist keine staatliche Aufgabe, sondern ergibt sich aus einem unternehmerischen Kosten-Nutzen-Kalkül. Reine Bestandsschutzpolitik ist der Schutz „bestehender Champions wie Siemens, Thyssen-Krupp, Automobilhersteller oder Deutsche Bank“ – als wolle die Politik sich zum Anwalt (und Subventionszahler) von Schummeleien, Gesetzesverstößen und unternehmerischen Fehlentscheidungen machen. Auch die Forderung nach Schaffung „vergleichbarer Rahmenbedingungen für alle Marktteilnehmer“ ist kritisch zu hinterfragen. Fallen hierunter auch gleiche Umweltstandards oder gar angepaßte Mindestlöhne, wie sie vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron gefordert werden?

Wettbewerbs- statt Industriepolitik lautet die zielkonforme Leitlinie. Sie besteht darin, Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und Markt- wie auch Staatsversagen zu beheben. Sprich: Laßt Preise sprechen – auch im Umweltsektor durch eine Ausweitung der CO₂-Lizenzsteuerung. Die teils marktbeherrschende Stellung der Plattformkonzerne (Google & Co.) wäre durch eine Reform der EU-Mißbrauchsaufsicht zu verhindern. Hierzu würde ein Verbot zählen, eigene Produkte auf Plattformen anzubieten (etwa Preisvergleichsdienste, Reiseportale) und Dritten einen Datenzugang zu gewähren.

Schließlich fällt dem Staat die Aufgabe zu, eine zukunftsfeste Infrastruktur (Bildung, Breitbandausbau, Energiesicherheit) bereitzustellen und für verlässliche Rahmenbedingungen für Bürger und Unternehmen zu sorgen. Eine fallweise, der politischen Windrichtung folgende Eingriffspolitik ist fehl am Platze. Sie wird dennoch zu häufig praktiziert.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. ▶ bmiwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/nationale-industriestrategie-2030

Nationales Fitneßprogramm

Der Familienunternehmerverband hat ein „Nationales Fitneßprogramm“ als Alternative zur „Industriestrategie 2030“ des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht. „Wir sollten uns hüten, aus Angst vor Ländern wie China deren protektionistische Maßnahmen zu kopieren oder unser Beihilfengesetz aufzuweichen und ebenfalls auf Subventionen zu setzen“, warnte Verbandspräsident Reinhold von Eben-Worlée. Deutschland und die EU sollten „selbstbewußt ihre Wirtschaftsmacht einsetzen – zur Setzung von Standards und Marktöffnungen“. Die

Welthandelsorganisation WTO müsse künftig wieder maßgebliche Plattform für Handelsfragen werden. Die Familienunternehmer verlangen ein einfacheres und konkurrenzfähigeres Unternehmenssteuersystem sowie eine höhere Geschwindigkeit bei Genehmigungsverfahren und einen schnelleren Infrastrukturausbau. „Unser Staat muß um so viel schneller werden, wie der Standort Deutschland teurer ist“, forderte der Hamburger Chemieunternehmer von Eben-Worlée. (fis)

▶ familienunternehmer.eu/fitness-programm

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____ Kundennummer (falls zur Hand): _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Vorname/Name: _____

Straße/Nr. (Kein Postfach): _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____

Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.

Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jfd.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Darunter beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse! EU: EUR 12,-. Übriges Europa EUR 14,-. Welt: EUR 18,-. Bücher sind vom Umsatz ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST

gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Jochen Buchsteiner
Die Flucht der Briten aus der europäischen Utopie

Europa irrt, wenn es den Brexit als Betriebsunfall betrachtet: Die Briten hätten ihren Ruf als vernünftige Nation verspielt. Stimmt das? Oder erleben wir das Gegenteil? Jochen Buchsteiner nimmt den Brexit unter die Lupe und stellt fest, daß er gar nicht so irrational ist. 144 S., Pb.



Best.-Nr.: 94153

EUR 16,00

Markus Krall
Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen

Warum wir unsere Gesellschaft neu organisieren müssen. Risikovermeidung gilt als Patentrezept: Zentralbanken ertränken die Gefahren unseres Wirtschaftswachstums und Bankensystems mit Unmengen an Geld, und auch die Politik versucht, gesellschaftliche Mißstände unter den Tisch zu kehren. Ohne Risiko gibt es jedoch keinen Fortschritt. 336 S., geb.



Best.-Nr.: 94081

EUR 17,99

Georg Stadler
Digitale Sicherheit

Die praktische Toolbox zum Schutz von E-Mails, Smartphone, PC & Co. Dieser Guide zeigt Ihnen, wie Sie Ihr Smartphone und Ihren Computer absichern und Ihre Daten im Internet vor unerwünschtem Zugriff schützen. Dazu benötigen Sie weder teure Spezialprogramme noch ein besonderes technisches Wissen. Sie können gleich beim Lesen damit beginnen! 160 S., Pb.



Best.-Nr.: 94214

EUR 9,99

Bruno Bandulet
Dexit

Warum der Ausstieg Deutschlands aus dem Euro zwar schwierig, aber dennoch machbar und notwendig ist. Viele Bücher wurden darüber geschrieben, warum der Euro nicht funktioniert. Aber nie wurde diskutiert, ob es nicht besser sei, ihn abzuwickeln? Sollte Deutschland austreten? Bruno Bandulet zeigt den Ausweg aus der Sackgasse von Transferunion und europäischer Umverteilung. 189 S., geb.



Best.-Nr.: 93978

EUR 19,99

Jost Bauch
Abschied von Deutschland

Eine politische Grabschrift Deutschlands Bevölkerung wird ausgetauscht. Wie konnte es dazu kommen? Jost Bauch erläutert faktenreich die perfiden Methoden, mit denen wir abgeschafft und ein despotischer Weltstaat aufgebaut werden soll, und er beschreibt, wie die neue Multikulti-Gesellschaft aussehen wird. 255 S., geb.



Best.-Nr.: 93948

EUR 19,99

Florian Homm
Der Crash ist da

Was Sie jetzt tun müssen! Anlagen, Immobilien, Ersparnisse, Arbeit. Der Abschwung an den Aktienmärkten war nur ein Vorgeschmack auf das, was uns bevorsteht. Der Börsenkollaps und die nächste Wirtschaftskrise werden länger anhalten und mehr Vermögen vernichten als andere Zusammenbrüche seit 90 Jahren. Informieren Sie sich, bevor es zu spät ist! 300 S., geb.



Best.-Nr.: 94141

EUR 18,99

Timo Baudzus
Unsere fetten Jahre sind vorbei
Wie Politiker, Banker und Manager den Wohlstand Deutschlands verspielen



Noch geht es uns wirtschaftlich gut, aber die Gefühlslage in unserem Land ist bedrückend. Fast 90 Prozent aller Deutschen fürchten, daß wir auf einen riesigen Abgrund zulaufen. Aufgrund massiver politischer, ökonomischer und sozialer Fehlentwicklungen ist die Angst berechtigt. 272 S., geb.

Best.-Nr.: 94223

EUR 19,99

Abbildungen können vom Original abweichen!